

Quo Vadis USA? – der Podcast des Heidelberg Center for American Studies

17. März 2022

„Putin, die Ukraine und der Westen“

Manfred Berg und Tanja Penter, Universität Heidelberg

Anja Schüler: Guten Tag und herzlich willkommen zum HCA Podcast. Er kommt zu Ihnen von der Universität Heidelberg, mein Name ist Anja Schüler. Vor drei Wochen, am 24. Februar 2022, hat Russland sein westliches Nachbarland, die Ukraine, überfallen und führt seitdem dort einen rückhaltlosen Krieg – auch und gerade gegen die Zivilbevölkerung. Uns erreichen jeden Tag Bilder von Wohnvierteln unter Beschuss und von Menschen, die unter der Erde leben. Fast drei Millionen Ukrainer und Ukrainerinnen sind auf der Flucht. Wir wollen heute über diesen Krieg, seine Ursachen und möglichen Folgen reden. Zu Gast im HCA Podcast sind eine Historikerin und ein Historiker der Universität Heidelberg. Ich darf Sie Ihnen kurz vorstellen: Tanja Penter ist Professorin für Osteuropäische Geschichte und forscht seit vielen Jahren über den deutschen Vernichtungskrieg in der Ukraine im Zweiten Weltkrieg. Herzlich Willkommen und vielen Dank, dass Du Dir Zeit für uns genommen hast. Ich weiß, Du bist sehr beschäftigt und sehr bewegt in diesen Tagen. Wir wollen aber auch über die Reaktion des Westens und speziell der Vereinigten Staaten reden mit Manfred Berg, Inhaber des Curt-Engelhorn- Lehrstuhls für Nordamerikanische Geschichte und Kenner der transatlantischen Beziehungen. Herzlich Willkommen. Tanja, beginnen wir doch mit Dir und Deiner Einschätzung zu den Motiven hinter Putins Überfall auf die Ukraine. Welche Ziele verfolgt der russische Präsident? Geht es ihm „nur“ um die Anerkennung der Annexion der Krim, um die ostukrainischen Gebiete Donbass und Luhansk und um die ukrainische Neutralität? Oder strebt er die Angliederung der Ukraine an Russland an? Und geht es darüberhinausgehend vielleicht sogar um die Wiederherstellung der sowjetischen Einflussphäre vor 1990?

Tanja Penter: Ja, wir versuchen heute wieder in den Kopf der Akteure im Kreml hineinzuschauen. Früher, als ich mich mit dem Kalten Krieg beschäftigt habe, habe ich über die sogenannten Kremlologen, die das versucht haben, aus der Distanz das Handeln der Generalsekretäre im Kreml zu prognostizieren und ihre Handlungslogik zu verstehen, immer gelacht. Jetzt bin ich heute quasi selbst in so einer Rolle. Das sind natürlich auch wichtige Fragen, die sich die deutsche Öffentlichkeit stellt. Wir haben ja lange geglaubt, dass es Putin nur um die Krim und den Donbass geht und sind dann am 24. Februar morgens erwacht und haben gesehen, dass wir uns getäuscht haben und befinden uns seither in diesem Albtraum, der täglich schlimmer wird. Dabei hätten wir es in der Tat eigentlich besser wissen können und müssen, denn Putin, der sich ja auch in den letzten Jahren immer wieder als russischer Chefhistoriker betätigt hat, wie in der osteuropäischen Geschichte – uns wurden diese

Traktate von ihm dann auch über die russische Botschaft zum Teil zugeschickt – hat ja in diesen Texten und Reden eigentlich alles klar dargelegt. Ich möchte hier vielleicht auf drei Aspekte eingehen.

Erstens, spricht er dem ukrainischen Staat und der ukrainischen Nation das Existenzrecht ab. In seinem Aufsatz über die vermeintliche historische Einheit der Russen und Ukrainer schreibt er ja auch über die historische Zugehörigkeit der Ukraine zu einer gemeinsamen Nation aus Großrussen, Kleinrussen und Weißrussen. Das bezieht sich hier also auf alte Vorstellungen aus dem 19. Jahrhundert, als man glaubte, dass es ein allrussisches Volk aus diesen drei Gruppen geben würde, das den Kern des russländischen Imperiums darstellen würde. Dieses auf der Orthodoxie basierende dreieinige Volk, das also als untrennbare Ganzes verstanden wurde, das will Putin offenbar heute wiederherstellen. So kann man in der russischen Kriegspropaganda eben heute auch lesen, dass es künftig keine Ukraine, die ein anti-Russland darstellt – das ist ja auch der Begriff mit dem er operiert – mehr geben soll. Russland wolle seine historische Einheit wiederherstellen, die russische Welt, das russische Volk in seiner Gesamtheit versammeln. Damit greift Putin hier also auf Konzepte und Vorstellungen des 19. Jahrhunderts, aus der Zeit des russischen Imperiums, zurück, um seinen Angriffskrieg zu legitimieren.

Zweitens hat Putin seit 2014 gezeigt, dass es ihm auch um die Revision historischer Grenzfestlegungen geht. Er begründet russische Ansprüche auf die Krim und den Donbass ja auch damit, dass es sich hier angeblich um genuin russische Gebiete handle und dass Lenin und die Bolschewiki in der Gründungsphase der Sowjetunion bei den Grenzfestlegungen der damaligen Ukrainischen Sozialistischen Sowjetrepublik Fehler begangen hätten und sich dadurch quasi im russischen Volk vergangen hätten. Um noch mal auf Deine Frage zurückzukommen wie weit Putins Ambitionen reichen: Ich denke, das wird immer davon abhängen, wie hoch die Kosten für ihn sein werden. Es scheint mir durchaus vorstellbar, dass er seine Einflussphäre noch sehr viel weiter ausdehnen möchte – er ist ja dabei bisher auch kaum auf Widerstand des Westens gestoßen. Dass es Putin um eine Revision der Ordnung, die nach 1991 nach Ende des Kalten Krieges geschaffen wurde, geht, hat er selbst mehrfach klar geäußert. Der Zerfall der Sowjetunion stellt für ihn die größte geopolitische Katastrophe des 20. Jahrhunderts dar. Er sieht sich hier offenbar auf einer historischen Mission, diesen alten Zustand wiederherzustellen.

Drittens spricht Putin ja auch davon, die Ukraine zu entmilitarisieren und zu entnazifizieren. Er bezeichnet die demokratisch gewählte ukrainische Regierung unter Selenskyj regelmäßig als Faschisten und Neonazis. Das sind ja bewährte Propagandamuster, die schon 2014 erfolgreich eingesetzt wurden. Als 2013 die Proteste auf dem Kiewer Maidan gegen die autoritäre Herrschaft Janukowitschs und dessen außenpolitische Kehrtwende Richtung Moskau zunahmen, da führten die russischen Medien einen geradezu demagogischen Informationskrieg, in dem eben der Faschismusvorwurf gegen die Ukraine auch zum zentralen Motiv geworden ist. Putin sprach auch in seiner Rede vom 21. Februar, also vor dem Angriff auf die Ukraine,

schon davon, dass in der ukrainischen Gesellschaft nach dem Euromaidan angeblich extremer Nationalismus aufgekommen sei, der rasch die Gestalt von aggressiven Russenhass und Neonazismus angenommen habe. Putin füllt diesen Begriff der Entnazifizierung, ein Begriff, der in der deutschen Öffentlichkeit eine ganz klare historische Bedeutung hat für eine Politik der Aufarbeitung von nationalsozialistischen Verbrechen, für Demokratisierung und Entmilitarisierung steht, jetzt hier mit ganz neuen Inhalten. Man kann vermuten, dass die von ihm geplante „Entnazifizierung“ der ukrainischen Eliten de facto eine breite Säuberungskampagne gegen Akteur*innen aus der ukrainischen Zivilgesellschaft beinhalten könnte, nämlich Akteur*innen, die sich seit vielen Jahren für Freiheit, Demokratie und Menschenrechte eingesetzt haben.

Anja Schüler: Ja, danke für deine Einschätzung von Putins außenpolitischen Programm und auch natürlich der Lage in der Ukraine. Ich muss dich noch mal für einen Augenblick behalten, in der Rolle der Kremlologin, über die wir uns ja früher in der Tat alle so ein bisschen lustig gemacht haben. Putins außenpolitisches Programm hast du jetzt ein bisschen umrissen. Ist es eigentlich auch möglich, dass er durch diesen Krieg seine innenpolitische Machtstellung festigen möchte? Und kann er sich denn auch der Unterstützung noch einiger Gruppen sicher sein, zum Beispiel des Militärs, des Geheimdienstes oder auch der Oligarchen? Und wie sieht es denn mit der Unterstützung der Bevölkerung aus? Die Sanktionen zeigen im Alltag ja schon Wirkung in Russland.

Tanja Penter: Ja, dieses Muster, durch außenpolitische Erfolge die innenpolitische Zustimmung zu erhöhen und Kritik im Inneren damit auch zu überdecken, das ließ sich in Putins Politik in der Tat immer wieder beobachten und war auch 2014 bei der Annexion der Krim sehr erfolgreich. Denn Putin hat Angst vor einer demokratischen Ukraine, weil sie auch ein alternatives Regierungsmodell zu seinem eigenen autoritären Staat in Russland verkörpert und der russischen Bevölkerung hier also auch als Muster dienen könnte. Wir dürfen nicht vergessen, dass es in Russland 2011 und auch danach massive Proteste gegen Putins Herrschaft gegeben hat. Diese entzündeten sich dann auch an sozialen Fragen, wie zum Beispiel der Erhöhung des Rentenalters, die in der Bevölkerung sehr unpopulär war und wie gesagt massive Proteste hervorgerufen hat. 2011 gab es auch massive Proteste im Zusammenhang mit den Präsidentschaftswahlen. Welche Zustimmung findet Putin in der russischen Bevölkerung? Die Annexion der Krim 2014 ist, wie gesagt, auf breite Zustimmung gestoßen und auch heute gibt es in Russland, wie ich mir auch meine russischen Kollegen und Kolleginnen immer wieder berichten, nicht wenige Stimmen, die Putins Krieg unterstützen und die auch der Ansicht sind, die Ukrainer müssten für ihr vermeintlich abtrünniges Verhalten bestraft werden. Was unsere Kolleginnen und Kollegen an den russischen Universitäten angeht, so gibt es sowohl Petitionen die sich klar von dem Krieg distanzieren als auch solche, die den Krieg unterstützen.

Leider wurde an unserer langjährigen Partneruniversität von Heidelberg, in der Sankt Petersburger Universität ein solches Unterstützerschreiben im Internet veröffentlicht,

das schon über 800 Lehrende und Studierende unterschrieben haben. Die Universität Heidelberg hat die Kooperation daher erst mal auf Eis gelegt. Heute existieren in Russland ja leider kaum noch Möglichkeiten der Information jenseits der staatlich gesteuerten Medien. Die Menschen sind also vollständig von unabhängigen Informationen abgeschnitten. Das beklagen auch meine russischen Kolleginnen und Kollegen immer wieder. Sie sind aber auch in unserer E-Mail-Kommunikation, auch mit den ukrainischen Kollegen, immer eingebunden. Auf der Ebene der Wissenschaft funktionieren die bewährten alten Netzwerke, die sich auf großes Vertrauen stützen. Aber der Staat geht natürlich zurzeit auch maximal repressiv vor. Das russische Parlament hat am 4. März ein Gesetz verabschiedet, das bis zu fünfzehn Jahre Haft und hohe Geldbußen für die Veröffentlichung von angeblichen Falschnachrichten über die russischen Streitkräfte vorsieht. Aber es gibt immer wieder auch sehr mutige Versuche dagegen anzugehen, wie eben jetzt in diesen Tagen der Versuch von Marina Owsjannikowa, einer russischen Journalistin, die mit einem Anti-Kriegsplakat durch die Nachrichtensendung lief.

Anja Schüler: Ich habe noch eine vorerst letzte Frage, bevor wir dann zur Reaktion des Westens kommen. Der russische Krieg gegen die Ukraine geht jetzt in die vierte Woche und scheint nicht so zu laufen wie geplant. Was ist denn jetzt der Weg heraus? Gibt es für Putin noch ein Zurück? Denn auch wenn Russland einen Sieg davonträgt, wäre das Land ökonomisch und politisch völlig isoliert und stünde vor einer langen und in jeder Hinsicht sehr kostspieligen Besatzung. Wie kann Putin noch zurück? Wie kann er aus dieser Isolation ausbrechen? Und wie weit, das ist natürlich auch die Frage die wir uns alle stellen in diesen Tagen, ist er bereit in der Vorwärtsverteidigung zu gehen?

Tanja Penter: Das ist natürlich eine sehr schwierige Frage. Wir wissen, dass Putin unbedingt einen politischen Erfolg nach Hause bringen möchte, aber eigentlich müsste ihm klar sein, dass er jetzt schon als Verlierer aus dem Krieg hervorgeht – politisch sowieso. Und wenn man die Reaktion der Weltgemeinschaft sieht, wirtschaftlich auch. Wir sehen ja auch, dass auch die Verluste auf russischer Seite signifikant sind. Das kann vielleicht auch Erinnerungen an den sowjetischen Afghanistan-Krieg 1979 bis 1989 hervorrufen, der den Sowjetbürgern ja damals von der Propaganda auch als sozialistische Bruderhilfe verkauft worden ist und einen Anteil am Untergang der Sowjetunion hatte. Damals sind über 15.000 sowjetische Soldaten in diesen Krieg gefallen, was lange Zeit vertuscht wurde. Jetzt sehen wir, dass die Todesumstände der in der Ukraine gefallenen russischen Soldaten erneut vor ihren Familien verheimlicht werden. Es könnte sein, dass sich trotz der massiven russischen Repressionen in der Zukunft, wie schon im Afghanistan-Krieg, wieder eine starke Bewegung der Soldatenmütter bilden könnte, die das anprangert. In der Ukraine ein Besatzungsregime aufzubauen, würde für den russischen Staat extrem hohe Kosten mit sich bringen. Der mutige und zu allem bereite Widerstand der ukrainischen Zivilbevölkerung zeigt ja, mit welchen Widerständen Putin dann rechnen müsste. Putin scheint selbst zu erkennen, dass sein Angriffskrieg von einigen

fehlerhaften Prämissen ausgegangen ist, dass der Vormarsch nicht so läuft, wie man im Vorfeld geglaubt hatte. Man hat offenbar in Moskau auch bereits begonnen, dafür die Schuldigen zu suchen. So konnten wir ja kürzlich auch in den Nachrichten hören, dass mehrere Generäle suspendiert wurden und zwei hochrangige Geheimdienstchefs unter Hausarrest gestellt wurden. Vielleicht werden wir bald auch ein ähnliches Szenario sehen wie in den öffentlichen Schauprozessen der 1930er Jahre unter der Herrschaft Stalins – man fühlt sich zumindest daran erinnert. Die Drohung mit der atomaren Option löst bei uns natürlich Ängste aus. Keiner weiß in diesen Tagen, was in Putins Kopf vorgeht. Und zu Recht möchte man eine weitere Eskalation vermeiden, dafür sollten wir aber das Werkzeug der wirtschaftlichen Sanktionen in der Tat auch maximal einsetzen, auch wenn uns das selbst sehr weh tut. Die Bereitschaft der deutschen Bevölkerung dazu scheint aktuell ja erfreulich groß zu sein. Deutsche Politik und die Bevölkerung erkennen gerade mit Schrecken, dass Deutschland diesen Krieg durch die russischen Energielieferungen in hohem Maße mitfinanziert hat. Und es ist gut, dass diese Einsicht nun endlich zu einem Umdenken in der Energiepolitik führt.

Du hattest auch nach einem Besatzungsszenario gefragt. Da möchte ich vielleicht auch noch eine Perspektive hier einfließen lassen. Es ist zu erwarten, dass die ukrainische Bevölkerung auch in der Zukunft massiven Widerstand gegen eine russische Besatzung leisten wird und die russischen Besatzer darauf mit immer größerer Brutalität reagieren würden, was das unermessliche Leid der Zivilbevölkerung dann noch weiter vergrößern würde. Auch dafür gibt es gewisse historische Parallelen, denn der nach dem Zweiten Weltkrieg in der Westukraine bis weit in die 1950er Jahre andauernde ukrainische Partisanenkrieg gegen das sowjetische Regime und dessen Versuche, diesen blutig zu unterdrücken, kann uns vor Augen führen, was dies bedeuten könnte. Die ganze Ukraine könnte sich dann für viele Jahre in ein nicht kontrollierbares anarchisches Territorium verwandeln, in dem Terror und Gewalt herrschen, so wie es sich im Donbass bereits seit 2014 abzeichnet. Mein guter Kollege aus Donezk, der 2014 fliehen musste, dessen Mutter aber noch in Donezk lebt, sagt, er hat ja diese Kriegserfahrung schon seit 2014 gemacht, das was die Ukraine heute erlebt, das ist das langjährige Leid des Donbass. All das findet mitten in Europa statt und könnte in seinen nicht absehbaren Folgen auch ganz Europa in ungeahnter Weise destabilisieren. Denn Krieg und Besatzung entwickeln ja schreckliche Eigendynamiken, die immer schwerer einzufangen sein werden. Auch an mögliche Hungersszenarien oder an eine ökologische Katastrophe, die sich übrigens im Donbass auch bereits seit Jahren anbahnt, muss hier gedacht werden. Ich denke, dass Politiker und Politikerinnen diese möglichen weiteren Entwicklungen und Langzeitfolgen bei ihren heutigen Entscheidungen auch schon mitdenken müssen.

Anja Schüler: Ja, vielen Dank erstmal für diese Einschätzung, Tanja. Betrachten wir das Ganze mal von der anderen Seite. Manfred, werfen wir doch einmal einen Blick auf die Reaktion der USA auf diesen Krieg und auf die Rolle der, wie es immer so schön heißt, letzten verbliebenen Supermacht. Man muss Präsident Biden ja

zugutehalten, dass er den Westen schnell geeint hat. Die Sanktionen schaden der russischen Wirtschaft. Waffenlieferungen an die Ukraine tragen dazu bei, den russischen Vormarsch zu verlangsamen. Ich denke, auch die Brutalität dieses Krieges hat die NATO vielleicht mehr geeint als wir das gedacht haben. Welche Position vertritt die US-Regierung genau? Kannst Du vielleicht ganz kurz für uns umreißen, welche Verpflichtungen die USA als NATO-Mitglied haben? Und werden sie diesen Verpflichtungen nachkommen? Sind Sie bereit, sie zu erfüllen?

Manfred Berg: Ja, zunächst einmal herzlichen Dank, dass ich heute bei diesem Podcast dabei sein kann. Man kann der Biden-Administration ganz sicher nicht vorwerfen, dass sie die Bedrohung durch Putins Aufmarsch ignoriert hat. Die US-Regierung, im Unterschied zu anderen westlichen Regierungen, hat frühzeitig vor der Gefahr einer Aggression gegen die Ukraine gewarnt. Sie hat, was ich sehr wichtig fand, die Geheimdiensterkenntnisse frühzeitig öffentlich gemacht, um Putin bloßzustellen und, soweit dies möglich ist, seine Propagandastrategie zu durchkreuzen, etwa im Hinblick auf inszenierte Zwischenfälle. Sie hat sofort harte Sanktionen angekündigt und diplomatisch den Schulterschluss des Westens vorangetrieben. Die Biden Administrationen, so würde ich das zusammenfassen, sieht den russischen Aggressionskrieg als das, was er geostrategisch wohl ist, Tanja hat es ja schon erwähnt, nämlich als Angriff auf die internationale Ordnung, die nach dem Ende des Kalten Krieges etabliert wurde und eben auch als Versuch, die alte Einflussphäre der Sowjetunion wiederherzustellen. Tendenziell vielleicht sogar, wenn möglich, die USA aus Europa heraus zu drängen. Es geht also nicht nur darum, den völkerrechtswidrigen Angriffskrieg gegen die Ukraine zu stoppen, sondern genauso darum, Putin jetzt in die Schranken zu weisen, um weitere Aggressionen gegen NATO-Mitglieder abzuschrecken. Wir wissen ja, die Drohungen gehen auch gegen die baltischen Staaten. Die Herausforderung besteht darin, maximalen wirtschaftlichen, politischen und militärischen Druck auf Russland auszuüben, ohne eine direkte militärische Konfrontation zwischen der NATO und Russland zu riskieren, die dann eben auch unabsehbare Folgen haben könnte. Deshalb lehnt die Biden-Administrationen etwa eine Flugverbotszone ab und auch den doch etwas obskuren Vorschlag von Jaroslaw Kaczynskis für eine Friedensmission, die ja im Grunde nichts anderes bedeuten würde als eine Militäraktion der NATO in der Ukraine. Das alles sind *doomsday* Szenarien, die in der Biden-Administrationen völlig zu Recht abgelehnt werden. Wenn man sich, um auf deine zweite Frage einzugehen, den NATO-Vertrag und den berühmten Artikel 5 des Vertrages anschaut, dann erklärt dieser und ich zitiere das mal: „dass ein bewaffneter Angriff gegen eine oder mehrere Parteien in Europa oder Nordamerika als ein Angriff gegen sie alle angesehen wird“, also das Prinzip der kollektiven Sicherheit wird hier festgeschrieben, und es wird eine Beistandspflicht für den Verteidigungsfall festgeschrieben. Wie diese Pflicht zu erfüllen ist, bleibt jedoch offen. Jedes Mitglied darf militärischen Beistand leisten, muss dies aber nicht. Also, grundsätzlich könnte etwa ein NATO-Mitglied seiner Beistandsverpflichtung auch durch Waffenlieferung oder die Lieferung ziviler Hilfsgüter nachkommen. Aber es ist natürlich klar, ohne die militärische

Beistandspflicht, und insbesondere ohne die USA und ihre Militärmacht, wäre die NATO kaum zu einer effektiven Verteidigung in der Lage.

Die US-Regierung hat, im Unterschied zu ihrer Vorgängerin, keinen Zweifel daran gelassen, dass die USA, wie Lloyd Austin, der Verteidigungsminister, dies kürzlich noch gesagt hat, eisern zu ihren Verpflichtungen stehen. Joe Biden hat so formuliert, dass man jeden Quadratzentimeter des Bündnisgebietes verteidigen würde. Ich denke, diese Botschaft ist wirklich extrem wichtig damit Putin, sofern er ein rationaler Akteur ist, weiß, welche Folgen etwa ein Angriff gegen die baltischen Staaten oder Polen hätte – nämlich den Kriegsfall mit den USA. Er hatte ganz offenkundig vor der Aggression gegen die Ukraine nicht geglaubt, dass der Westen geschlossen bleibt und seine Drohung wahr machen wird. Für mich ist eigentlich schon klar, im Falle eines Angriffs auf das NATO-Territorium würden die USA ihre konventionellen Streitkräfte einsetzen; sie haben ja schon auch erhebliche Truppenteile wieder nach Europa verlegt. Die große furchterregende Frage, die wir nur zu gut aus dem Kalten Krieg kennen, ist, ob Amerika auch einen Atomkrieg für Europa führen und damit die eigene Vernichtung riskieren würde. Mit diesem Kalkül versuchte ja die Sowjetunion in den 1970er und 1980er Jahren die NATO zu spalten – das war die gesamte Debatte um die Nachrüstung. Die Logik der atomaren Abschreckung basiert seit den 1950er Jahren, kann man eigentlich sagen, auf dem Gleichgewicht des Schreckens und der gegenseitigen gesicherten Vernichtung. Wer als Erster Atomwaffen einsetzt, stirbt als Zweiter, so hat man früher immer gesagt. Diese Logik enthält natürlich ein Element der Selbstabschreckung. Sind wir bereit uns darauf einzulassen? Wenn Putin die atomare Abschreckung nicht mehr für glaubwürdig hält, könnte er es mit einer atomaren Erpressung versuchen, wenn er sich nämlich wirtschaftlich und konventionell in die Ecke gedrängt sieht – schlimmer noch, wenn er ideologiegetrieben ist, dann wird er einen endgültigen Showdown mit dem verhassten Westen für weniger schlimm als eine Niederlage halten. Ich weiß nicht, inwieweit das ernst zu nehmen ist, aber ich habe neulich mal von ihm die Äußerung gelesen: eine Welt ohne Russland sei ja eigentlich gar nicht lebenswert. Man mag sich wirklich kaum vorstellen, was passiert, wenn die atomare Abschreckung versagt, aber andererseits ist sie unverzichtbar, wenn wir uns nicht russischer nuklearer Erpressung beugen wollen. Ich fürchte aus historischer Sicht wird man leider sagen müssen, dass wir derzeit in der gefährlichsten Situation seit der Kuba-Krise sind und vielleicht auch seit dem so schrecklichen Jahr 1983, als die Welt ebenfalls am Rande des Atomkriegs stand, nur ist es damals nicht bekannt geworden.

Anja Schüler: Blicken wir auf die amerikanische Innenpolitik. Wie positionieren sich denn die politischen Lager in den USA zu diesem Aggressionskrieg? Zu Beginn ist es mir so vorgekommen, als habe ein Teil der amerikanischen Rechten, namentlich das Trump Lager, so etwas wie Verständnis für Putin. Ist das noch der Fall?

Manfred Berg: Insgesamt würde ich zunächst einmal sagen, es überwiegt ganz deutlich die Unterstützung für Bidens harte Haltung. Laut neuesten Umfragen sind sogar über vierzig Prozent der Amerikaner der Meinung, die USA müssten mehr tun.

Es gibt aus dem Bereich der Sicherheits- und Verteidigungspolitik zahlreiche Intellektuelle, die sogar ein militärisches Eingreifen zumindest für denkbar halten. Mehr als siebzig Prozent der Amerikaner befürworteten übrigens auch den Einfuhrstopp von russischem Öl in die USA. Die USA sind natürlich nicht annähernd so abhängig wie etwa die Bundesrepublik von diesen Energielieferungen, trotzdem, denke ich, ist im Augenblick die innenpolitische Zustimmung für Biden gegeben. Das gilt insbesondere auch für seine eigene Partei; die Demokraten stehen geschlossen hinter Biden. Putin kann hier auf keinerlei Sympathie hoffen. Bei den Republikanern sieht das anders aus – sie sind gespalten. Es gibt einen traditionellen Flügel, der im Kalten Krieg und danach immer die Position der Falken vertreten hat. Man könnte sie gewissermaßen die „Evil Empire Reagan Republikaner“ nennen, die in Putin eben den Nachfolger der Sowjetunion und der kommunistischen Bedrohung sehen. Dieser Flügel ist eigentlich für noch härtere Sanktionen und für noch mehr Waffenlieferungen an die Ukraine. Biden hatte gerade gestern erst wieder 800 Millionen Dollar Waffenhilfe angekündigt; das wird von diesem Flügel der Republikanischen Partei absolut unterstützt. Was aus meiner Sicht unklar ist, ist wie weit eigentlich die republikanische Basis diese Position mitträgt, insbesondere angesichts der rasant steigenden Benzinpreise. Es gibt aber eben auch, und Du hast es zu Recht angesprochen, den Flügel, den ich die „nationalistische Rechte“ nennen würde, also Leute wie Steve Bannon oder Pat Buchanan, die seit langem dem klassischen Isolationismus frönen und im Grunde genommen dafür plädieren, dass sich Amerika aus europäischen Konflikten heraushält. Diese radikale Rechte sieht Putin im Grunde sogar als ideologischen Gesinnungsgenossen, der die weiße christliche Zivilisation gegen kosmopolitische Eliten, Transgendergesetze, Homosexualität und Überflutung durch Einwanderer verteidigt. Ein rechter Kommentator, ich habe mir das notiert, schrieb zum Beispiel, wenn ich das auf Englisch zitieren darf: „I adamantly oppose risking the life of boys from Louisiana and Alabama to make the Donbas safe for gender queers and migrants“. Man bewundert auf der amerikanischen Rechten echte Kerle wie Putin und dessen autoritäres Regierungsmodell. Ich finde, solche Kommentare zeigen uns vor allem eines: wie radikalisiert ein Teil der amerikanischen Konservativen, ein Teil der amerikanischen Rechten inzwischen ist. Sie sind außerstande, außenpolitische Fragen erster Ordnung ohne den Hintergrund der heimischen Kulturkriege zu sehen. Sie sehen im Grunde genommen Putin als Bannerträger des christlichen Abendlandes. Es ist aus meiner Sicht wirklich erschütternd und zeigt etwas von dem zumindest partiellen Realitätsverlust, der in diesen politischen Kreisen inzwischen Platz gegriffen hat.

Anja Schüler: Ja, wir müssen uns, Gott sei Dank, nicht die Frage stellen, wie eine Trump-Regierung auf Putins Invasion reagiert hätte. Aber was wir uns natürlich fragen müssen ist, wie sich eine erneute Präsidentschaft Donald Trumps auf die Haltung der USA und des Westens in der Ukraine-Frage auswirken würde. Man kann ja seine Wiederwahl in zwei Jahren nicht ausschließen.

Manfred Berg: Tja, man möchte sich beide Szenarien eigentlich lieber nicht vorstellen. Dass eine, ich formuliere es mal ganz offen, eine krankhaft erratische und narzisstische Persönlichkeit wie Donald Trump den Finger am atomaren Knopf hat, gehörte ja immer zu den besonders beunruhigenden Aspekten seiner Präsidentschaft. Wir wissen aus den vier Jahren seiner Amtszeit vor allem eines: Trump hat keine klaren außenpolitischen Prinzipien, und er ist unfähig strategisch zu denken. Er sieht die Welt als eine Art primitiven *dog eat dog* Kampf um Macht. Insofern hat er auch wenig moralische Bedenken gegen Putins Vorgehen. Er hat ja anerkennend bemerkt, was für ein gerissener Bursche Putin sei und gleichzeitig betont, er selbst sei aber eigentlich noch viel schlauer und härter. Deshalb hätte Putin es ja nie gewagt, die Ukraine anzugreifen, wäre er noch Präsident. Tatsächlich, das ist jedenfalls meine Vermutung, hat Putin Trump auch deshalb immer so unterstützt, weil er hoffte, Trump werde die USA aus Europa und der NATO lösen und ihm so freie Hand geben. Wäre Trump jetzt Präsident, da bin ich mir ziemlich sicher, würden wir jeden Tag neue, widersprüchliche Tweets von ihm lesen, wie schnell er sich mit Putin einigen würde oder gerne auch alternativ, wie er Russland atomar vernichten würde. Es ist wirklich gut, dass er nicht Präsident ist. Leider ist nicht auszuschließen, dass er es wieder werden wird oder eventuell auch jemand, der ihm politisch nahesteht. Für diesen Fall ist es nicht unwahrscheinlich, dass die Frage der militärischen und insbesondere der atomaren Sicherheitsgarantien der USA für Europa wieder auf die Tagesordnung kommt. Ohne den Atomschirm der USA muss Europa, wenn es sich nicht einer russischen Erpressung beugen will, eine eigene atomare Abschreckungskapazität aufbauen. Das dürfte gerade in Deutschland schwer vermittelbar sein, wo man nach dem Ende des Kalten Krieges die fortdauernde atomare Bedrohung gerne verdrängt hat.

Anja Schüler: Das also sind jetzt mittelfristige Dinge, Dinge, über die wir mittelfristig nachdenken müssen. Wir haben eben schon Tanjas Einschätzung über eine mögliche Eskalation gehört. Welche strategischen Optionen hat denn der Westen, um Putin vor einer weiteren Eskalation abzuschrecken?

Manfred Berg: Ich denke, man wird drei Ebenen hier unterscheiden müssen: die ökonomische, die militärische und die politische. Ökonomisch ist es natürlich ganz wichtig, dass der Westen geschlossen bleibt, sich nicht in Partikularinteressen auseinanderdividieren lässt. Putin setzt, so vermute ich, auf die soziale Destabilisierung durch die ökonomischen Folgen der Sanktionen und den Flüchtlingsstrom. Ich denke, und das gilt für alle westlichen Gesellschaften, aber ich spreche hier vor allem *pro domo* für die Bundesrepublik, wir müssen eigentlich endlich erkennen, dass wir uns indirekt im Krieg befinden und dass wir diesen nur bestehen können, wenn wir zu Opfern und Verzicht bereit sind. Im Grunde müssen wir uns auf eine Art Kriegswirtschaft einrichten. Energiesparen muss oberste Priorität werden, was ja übrigens auch ökologisch sinnvoll wäre. Ich kann im Moment nicht verstehen, warum die deutsche Politik nicht bereit ist, ein Tempolimit zu dekretieren. Wenn die Ukrainer für ihre Freiheit leiden und sterben, dann können wir uns

einschränken. Vor allem aber müssen wir uns so schnell wie möglich aus der Abhängigkeit von russischer Energie lösen. Ökonomisch sind eigentlich die Voraussetzungen ganz klar. Russland ist eine Kleptokratie und eine Rohstoffökonomie, die der westlichen Wirtschaftskraft gar nicht gewachsen ist. Militärisch würde ich sagen, das klingt jetzt vielleicht ein bisschen zynisch, solange der Krieg in der Ukraine andauert, solange die Russen ihre militärischen Ziele dort nicht erreichen, wird Putin keine Ressourcen gegen andere Staaten richten können. Der militärische und ökonomische Preis für diesen Angriffskrieg muss möglichst hoch sein. Die Ukrainer, ich will es ganz pathetisch so sagen, kämpfen und sterben im Augenblick auch für uns. Deswegen müssen wir ihnen beistehen. Deswegen müssen wir ihnen die Waffen liefern, mit denen sie die russische Armee aufhalten und schwächen können.

Anja Schüler: Das wäre jetzt auch meine Frage an Tanja. Welche Rolle spielt denn die westliche Unterstützung für den ukrainischen Widerstandswillen?

Tanja Penter: Ja, darf ich vielleicht kurz noch mal ein, zwei Punkte äußern, die zu dem, was Manfred jetzt auch ausgeführt hat, so ein bisschen eine Gegenperspektive aus Putins Sicht darstellen. Zum einen finde ich ganz interessant, dass man in der russischen Kriegspropaganda jetzt immer wieder das Argument eines angeblichen Präventivschlags Russlands lesen kann, da man sich eben von Feinden an der eigenen Grenze bedroht fühle und einem Überfall auf das eigene Land quasi zuvorkommen wolle. Das hört man auch von russischen Dumaabgeordneten. Da habe ich mir kürzlich mal ein Interview angehört, in dem gesagt wird, man müsse Stärke zeigen, wenn wir schwach werden, werden wir geschluckt. Man versucht hier also die Überreste eines alten Sowjetpatriotismus in der in der Bevölkerung zu mobilisieren, der eben auf den Erfahrungen des Sieges im Großen Vaterländischen Krieg aufbaut. Das ist auch ein Grund, warum entsprechend emotional aufgeladene Signalwörter wie „Faschist“ und „Neonazi“ oder „Genozid“ gezielt verwendet werden. Wir müssen auch die Sprache von Putin immer stark analysieren und dechiffrieren, denn sie wird auch als Waffe in diesem Krieg eingesetzt – es geht hier auch um die Deutungshoheit der Sprache.

Wenn wir auf Putins Verhältnis zum Westen schauen, dann scheint mir, dass Putin durchaus ein ambivalentes Verhältnis zum Westen hat, wie auch in seinen Texten und Reden deutlich wird, das zeitweilig durchaus auch von gewisser Faszination als dann eben auch von starker Ablehnung geprägt war. Schon weit vor 2014 hatte Putin begonnen, sich zunehmend abwertend über den Westen zu äußern, den er als degeneriert, schwach und dekadent bezeichnet hat. In seiner Kriegserklärung vom 24. Februar hat er sinngemäß gesagt, Ich habe mir das auch notiert: „der Westen versucht Russlands traditionelle Werte zu zerstören und ihm seine Werte aufzudrängen. Diese würden das russische Volk von innen zerfressen und auf direktem Wege zu Zerfall und Entartung führen. Das müsse unbedingt verhindert werden“. In einer anderen Rede, einige Tage zuvor, erwähnte er auch ein angebliches Gespräch mit Bill Clinton

im Jahr 2000, als dieser zu seinem letzten Besuch nach Moskau gekommen sei. Damals habe Putin Clinton gefragt, wie dieser zu einer Aufnahme Russlands in die NATO stehe und habe eine sehr zurückhaltende Zurückweisung als Antwort bekommen und habe dann in den nachfolgenden Jahren verstanden, dass man Russland nicht als Freund und Verbündeten sehen wolle, sondern als Feind. Das also ist Putins Narrativ der Geschichte. In solchen Erzählungen schimmert eben immer auch eine gewisse, von Putin empfundene, Demütigung und Kränkung durch den Westen durch, die auch von Philosophen wie Alexander Dugin beeinflusst sein kann, die ein antiwestliches und nationalistisches Weltbild seit Jahren verbreitet haben. Wir sehen in Putins Äußerungen eben auch eine Neuauflage von traditionellen Verschwörungstheorien. Putin versteht die Ukraine als Anti-Russland, hinter dem eine Verschwörung des Westens steht. Die USA und die EU planten angeblich, die Ukraine unter ihre Kontrolle zu bringen und sie aus der historisch gewachsenen engen Bindung mit Russland zu lösen, mit dem Ziel Russland zu schwächen. In seiner Antrittsrede, wenn wir uns erinnern, hat Putin auch an mehreren Stellen geäußert, dass seiner Ansicht nach die Ukraine *de facto* unter westlicher Herrschaft stehe. Sie würde nicht nur von den Hauptstädten des Westens gesteuert, sondern auch durch ein ganzes Netzwerk ausländischer Berater, NGOs und anderer Einrichtungen.

Da kann man auch wieder ganz interessante Parallelen, die Angst Putins vor der Zivilgesellschaft, der erstarkenden Zivilgesellschaft, in der Ukraine sehen, aber auch im eigenen Land. Um diese Entwicklung einer Zivilgesellschaft in Russland zu verhindern, hat er schon vor vielen Jahren Gesetze erlassen, die Menschen, die mit zivilgesellschaftlichen Initiativen im Ausland kooperieren, als ausländische Agenten bezeichnen und verfolgen und ihnen die Arbeit zunehmend erschwert haben. Ein prominentes Beispiel dieser Politik war zuletzt die Schließung, der in der Perestroika Zeit gegründeten, sehr verdienstvollen Gesellschaft *Memorial*, die sich eben seit dieser Zeit für die Aufarbeitung des Stalinismus und für Menschenrechte eingesetzt hat und die eben hier Opfer dieser repressiven Politik geworden ist.

Anja Schüler: Wir wollten noch mal zurückkommen auf die Rolle der westlichen Unterstützung und was sie für den ukrainischen Widerstandswillen bedeutet.

Tanja Pentter: Erstmal können wir, glaube ich, sehen, dass die Auswirkungen der Sanktionen bereits jetzt sehr groß sind. Der Rubelkurs ist in den Keller gestürzt. Man hört zwar immer wieder Aussagen russischer Politiker, die behaupten, mit Sanktionen könnte man das russische Volk nicht treffen. Die Menschen seien sehr leidensfähig und viele würden sich mit der Datscha behelfen, also dem traditionellen Gartenland, wo man Kartoffeln, Gemüse, Obst anbaut und für den Winter einkellert. Das klingt dann oftmals regelrecht zynisch. Wir sehen übrigens auch in der russischen Wissenschaft aktuell eine massive Fluchtbewegung, so dass sich viele, auch russische Kolleginnen und Kollegen, gerade für internationale Programme bewerben und verzweifelt nach Möglichkeiten suchen, das Land zu verlassen. Die meisten deutschen Institutionen zur Wissenschaftsförderung haben die institutionellen Verbindungen

nach Russland komplett gekappt, auch die deutsch- russische Historikerkommission, deren Mitglied ich bin, hat ihre Arbeit erst mal bis auf Weiteres eingestellt.

Jenseits dieser aktuellen Sanktionen gibt es natürlich auch auf deutscher Seite in Politik und in den Unternehmen einen massiven Vertrauensverlust, und es wird vermutlich auch in einer Ära nach Putin sehr lange dauern, dieses Vertrauen, das nach dem Ende des Kalten Kriegs erst mal sehr langsam und mühsam aufgebaut worden ist und auch zu wachsenden Investitionen in Russland geführt hat, wieder zu stabilisieren. Die Folgen von Putins Krieg für die russische Wirtschaft dürften auf lange Sicht verheerend sein. Auch eine engere Verflechtung der russischen mit der chinesischen Wirtschaft wird das wohl nur teilweise auffangen können – dort werden die Russen dann in jedem Fall der abhängige kleine Bruder. Ich möchte vielleicht noch mal hier anknüpfen an das, was auch Manfred gefordert hat. Insbesondere die Unterstützung durch Deutschland spielt auch für die Ukrainerinnen und Ukrainer eine ganz zentrale Rolle. Deshalb war auch zeitweilig die Enttäuschung über Deutschlands zunächst zögerliche Haltung, die lange Ablehnung, auch Waffen zur Verteidigung zu liefern oder auch zum Beispiel die beschämende Rolle von Altkanzler Schröder, sehr groß. Das haben Kollegen und Kolleginnen mir regelmäßig auch mitgeteilt; sie schreiben mir immer wieder, dass wir erkennen müssen, dass die Ukrainer eben, genau wie Manfred sagt, aktuell die europäischen Werte verteidigen und dass sie für die europäischen Demokratien eintreten; dass wir in Europa nicht sicher vor Putin sind, sondern die nächsten sein könnten, die angegriffen werden.

Unsere Unterstützung für die Ukrainer können wir heute eben darin zeigen, dass wir die Wirtschaftssanktionen bis zur absoluten Schmerzgrenze durchziehen, um Putin die Finanzmittel für seinen menschenverachtenden Krieg zu entziehen, für die Verbrechen an der Zivilbevölkerung, für die er verantwortlich ist. Natürlich auch damit, dass wir die Menschen, die jetzt aus der Ukraine zu uns flüchten, unterstützen. Es gibt auch in der Wissenschaft, wie ich schon sagte, eine Reihe von Programmen für gefährdete ukrainische Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen. Wir haben in den letzten Tagen schon versucht, einige meiner langjährigen Kollegen, denn wir haben ja hier in Heidelberg auch langjährige Kooperationen mit ukrainischen, aber auch mit russischen Historiker*innen, zu unterstützen und ihnen im Rahmen solcher Programme auch die Möglichkeit zu eröffnen, ihre Arbeiten weiterzuführen. Denn eins ist klar: Wenn Putin sein Regime in der Ukraine aufstellt, dann wird es auch mit einer unabhängigen, freien Geschichtswissenschaft in der Ukraine, die es in den letzten Jahren doch gab, vorbei sein. Das sehen wir ja auch parallel in Russland, wie dort also entsprechenden Historiker massive Repressionen angedroht bekommen, wenn man dort angeblich die Unwahrheit über den Großen Vaterländischen Krieg erzählt. Das könnte eben auch den Kolleginnen und Kollegen aus der Ukraine drohen, wenn Putin dort seine Macht etablieren würde. Die erste geflüchtete ukrainische Kollegin von der Akademie der Wissenschaften in Kiew ist auch bereits in Heidelberg angekommen, und wir planen auch in der nächsten Woche eine erste Zoomveranstaltung mit ihr und mit einem russischen Kollegen zum Thema „Russia's

War in Ukraine as an Ecological and Human Rights Disaster“, zu dem ich gegebenenfalls auch herzlich einladen möchte.

Anja Schüler: Da wird man sicherlich weitere Informationen darüber auf der Website des Lehrstuhls für Osteuropäische Geschichte finden. Wunderbar, daran, bin ich mir sicher, sind auch unsere Hörerinnen und Hörer interessiert. Dieses letzte Szenario, was du da jetzt aufgemacht hast, führt uns jetzt zu unserer Abschlussfrage. Was passiert, sollte Russland am Ende doch siegreich sein? Du hast jetzt schon zwei Sachen dazu gesagt, Tanja. Zum einen eben das, was auf die Wissenschaft zukommen würde, das beschäftigt uns natürlich sehr. Zum anderen hast du vorhin schon ausgeführt, dass sich die Ukraine mit einer Niederlage nicht abfinden würde, dass eine Besatzung sehr kostspielig in jeder Hinsicht sein würde – ökonomisch und politisch. Das wäre jetzt meine letzte Frage an dich, Manfred. Was meinst du, würde sich der Westen am Ende mit einer de facto Annexion der Ukraine durch Russland abfinden, vielleicht sogar abfinden müssen?

Manfred Berg: Zumindest hoffe ich, dass es für diesen Fall, den man ja in der Tat einkalkulieren muss, nicht wieder zu einer Wiederholung der Beschwichtigungspolitik nach 2014 kommt. Als unter anderem die Bundesrepublik ungerührt den Vertrag über Nordstream 2 geschlossen hat, noch nach der Annexion der Krim. Im Moment ist es sehr schwer vorstellbar, dass es mit Putin und seinem Regime je wieder eine Zusammenarbeit geben kann. Ich vermute, dass es, solange er an der Macht ist, ich würde das fast im Moment als eine Art *best case* Szenario betrachten, zu einer Neuauflage der alten Eindämmungspolitik des Kalten Krieges kommen wird – glaubwürdige militärische Abschreckung, wirtschaftliche und politische Isolierung Russlands. Das wird manchem in Deutschland nicht gefallen; der Ostausschuss der deutschen Wirtschaft wird vielleicht einmal für einige Zeit auf das lukrative Russlandgeschäft verzichten müssen. Grundsätzlich würde ich eine solche Konstellation aus westlicher Sicht für gar nicht so beunruhigend halten, denn Russland ist ökonomisch und strategisch viel schwächer als es die Sowjetunion war; es kann eigentlich einen neuen Kalten Krieg überhaupt nicht bestehen. Hier liegt aber aus meiner Sicht eben auch die große Gefahr, dass, wenn Putin zu dem Schluss kommt, dass er nichts mehr zu verlieren hat, er eher bereit ist, den Einsatz zu verdoppeln und zu verdreifachen. Das wirklich Problematische aus westlicher Sicht ist, dass Putin über ein riesiges Arsenal an Atomwaffen gebietet, das macht ihn, und nur das, zu einer ernstzunehmenden Größe in der Weltpolitik.

Anja Schüler: Ich denke wir werden die Entwicklung in diesem Nachbarland der EU, denn das ist die Ukraine, weiter sehr angespannt verfolgen. Es ist in der Tat zu befürchten, dass dieser Krieg uns noch eine Weile beschäftigen wird. Ganz herzlichen Dank an Tanja Pentter und Manfred Berg vom Historischen Seminar der Universität Heidelberg, dass ihr heute euer profundes Wissen mit uns geteilt habt und dass ihr uns dieses ganze Hintergrundwissen über den russischen Krieg in der Ukraine geliefert habt. Bis bald einmal. Und das war die aktuelle Folge von Quo Vadis USA? Unser

Podcast wird am Heidelberg Center for American Studies produziert, mit freundlicher Unterstützung der Jacob Gould Schurman Stiftung. Redaktion: Welf Werner und Anja Schüler. Technik: Julia Kramer. Mein Name ist Anja Schüler. Haben Sie herzlichen Dank fürs Zuhören und seien Sie gespannt auf die nächste Folge unseres Podcasts. Dann spreche ich mit Klaus Lares von der University of North Carolina über sein neues Buch *Uncertain Allies: Nixon, Kissinger and the Threat of the United Europe*. Bleiben Sie uns also treu, und bleiben Sie gesund.